

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 199

Nr. 199

Freitag, den 27. August 1926

21. Jahrgang

### Septembertagung des Völkerbundes

Teilnahme deutscher Parlamentarier. — Die Ratsfrage.

Berlin, 25. Aug. Der deutschen Delegation für die Septembertagung — über ihre Zusammensetzung wird endgültig erst entschieden werden, wenn der formelle Beschluß des Reichskabinetts auf Eintritt in den Völkerbund vorliegt — werden auch Parlamentarier angehören. Die Reichsregierung wird je ein Mitglied der Reichstagsparteien einladen, sich der Delegation anzuschließen. Die Einladungen sollen nicht auf die Regierungsparteien beschränkt bleiben.

Man hört, daß für die Sozialdemokraten Abg. Dr. Breitfeld, für die Deutschnationalen der Abg. Prof. Dr. Voegtsch als Delegationsmitglieder in Aussicht genommen sind. Für die Demokraten wird Abg. Graf Bernstorff genannt. (Es ist aber auch die Wahl einer anderen Persönlichkeit der demokratischen Fraktion möglich.) Vom Zentrum soll der Abg. Dr. Kaas der Delegation sich anschließen, aber nur dann, wenn Reichsfinanzminister Dr. Marx nicht selbst die Reise nach Genf antritt, was wiederum davon abhängt, ob der englische bzw. der französische Premierminister an der Tagung teilnehmen. Die Deutsche Volkspartei wird kein Mitglied entsenden, da Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf jeden Fall die Delegation führt. Es ist beabsichtigt,

die parlamentarischen Delegierten in die verschiedenen Kommissionen des Völkerbundes zu entsenden und sie so praktisch an der Bearbeitung der mannigfachen Fragen teilnehmen zu lassen. Der Vorgang stellt immerhin ein Novum dar. Der Gedanke hat jedoch bestimmt etwas für sich. Die Einrichtung der parlamentarischen Delegierten, die aus der Besonderheit der parlamentarischen Situation in Deutschland geboren wurde ist darum zu begrüßen. Sie wird im Reichstag größeres Verständnis für die Probleme des Völkerbundes wecken und eine engere Verbundenheit mit der Völkerbundsinstitution als solche zur Folge haben.

#### Besprechung Fromageots mit Gaus in Berlin.

Wie die Blätter mitteilen, hat der französische juristische Sachverständige Fromageot am Dienstag in Berlin gewelt, wo er eine Unterredung mit Ministerialdirektor Dr. Gaus hatte, nachdem er vorher mit dem englischen Rechtsachverständigen Sir Cecil Hurst in London Fühlung genommen hatte. Die Unterredung zwischen Fromageot und Gaus erstreckte sich, wie die Blätter melden, auf juristische und technische Fragen, die die Hauptprobleme der von der Studienkommission zu behandelnden Gegenstände betreffen. Vor allem habe es sich um die Frage gehandelt, ob gewissen nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundes die Wiederwahl nach Ablauf der Wahlperiode garantiert werden könne. Laut „Vossischer Zeitung“ soll man übereingekommen sein, daß nach den Statuten des Völkerbundes eine solche Garantie formal nicht gegeben werden könne. Auch sei die aus gewissen englischen Kreisen stammende Anregung erörtert worden, die ständigen Ratsmitglieder abzuschaffen und eine vollständige Gleichheit aller Ratsmitglieder zu schaffen. Dieser Gedanke sei als un-durchführbar abgelehnt worden.

#### Belgien will nicht aus dem Rat ausscheiden.

Brüssel, 25. Aug. Bei einem Presseempfang stellte der Minister des Auswärtigen in Abrede, daß Belgien auf eine Wiederwahl in den Völkerbundsrat verzichtete würde, und fügte hinzu: Der Augenblick wäre schlecht gewählt, um aus dem Rat auszutreten, oder um Belgien aus dem Rat heraustreten zu lassen, während sich Deutschland dazu anschickt, gemäß den Versprechungen aller Unterzeichner des Vertrages von Locarno in den Rat einzutreten. Wandervelde erinnerte dann daran, daß im Laufe der Unterredungen von Locarno die Frage zwischen ihm, Stresemann und Luther lange erörtert worden sei. Er habe den deutschen Diplomaten

den belgischen Standpunkt dargelegt. Diese seien ganz seiner Meinung gewesen und Luther habe noch hinzugefügt, daß er Belgien als Pfeiler des Völkerbundsrats betrachte. Wandervelde erklärte dann: Belgien pflichtet den Beschlüssen des Spezialausschusses bei, der vorigen Juni die Frage prüfte. In der Sitzung vom 30. August wird Belgien die Beschlüsse des Spezialausschusses annehmen, ohne jedoch jede Anregung oder jeden Kompromiß a priori abzulehnen, durch welche Polen und Spanien befriedigt werden könnten. Wir werden auch nicht Zusatzanträge ablehnen, die den Beschlüssen des Spezialausschusses beigelegt werden könnten, wenn diese Anträge das Wahlrecht der Völkerbundsversammlung nicht beeinträchtigen.

#### Von Spanien keine Schwierigkeiten zu erwarten?

Aus Genf wird gemeldet, daß der Präsident der Studienkommission, der schweizerische Bundesrat Wotta, von spanischer Seite verständigt worden sei, daß die spanische Regierung in der Frage der ständigen Ratsfrage keine Schwierigkeiten machen werde und bereit sei, die Prüfung einer Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder über den deutschen hinaus bis nach dem Eintritt von Deutschland in den Völkerbund zu verschieben.

#### Polens Ansprüche auf einen ständigen Völkerbundsratsitz.

Warschau, 25. Aug. Minister des Aeußeren Jaleski äußerte sich vor seiner Abreise nach Paris gegenüber Pressevertretern wie folgt: Ich reise zur Völkerbundstagung in der Hoffnung, daß die dort versammelten Staaten unseren bestimmten Willen, in den Völkerbundsrat einzutreten, richtig, das heißt unter Berücksichtigung der Bedingungen Polens, seiner kritischen Lage und seiner Bevölkerungszahl, einzuschätzen und den Rat Polens als des Mitarbeiters an der Sicherung eines dauernden Friedens zu würdigen wissen werden. Wenn man in Genf diese zwei Momente entsprechend versteht, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß Polen als ständiger Mitarbeiter dem Völkerbundsrat beitrete.

London, 25. Aug. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt zu der Frage der Völkerbundsratsfrage: In französischen politischen Kreisen ruft die Haltung Spaniens zum Völkerbund die größte Beforgnis hervor. Im übrigen stimmt man französischerseits mit der britischen Ansicht überein und lehnt es ab, dem Vorschlag der spanischen Regierung stattzugeben, der darauf hinausläuft, bei der nächsten Tagung des Völkerbundsrates den von Spanien geltend gemachten Anspruch auf Tanger und gleichzeitig seinen Anspruch auf einen ständigen Ratsitz zu erörtern. Die französische Regierung hat, wie verlautet, nunmehr nach diplomatischen Besprechungen in europäischen Hauptstädten vorgeschlagen, Spanien und Polen sollten beide halbständige Sitze und zugleich die Möglichkeit erhalten, nach bestimmten Zeiträumen, deren Dauer der Völkerbundsrat festzusetzen habe, wiedergewählt zu werden. Madrid hat jedoch bisher zu diesem ihm übermittelten Vorschlag noch keine Antwort erteilt. Zu der Frage der Zone von Tanger bemerkt das Blatt: Ein Vertreter des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten erklärte, Frankreich widersehe sich keineswegs irgendeiner Art der Ausdehnung des spanischen Einflusses in der Zone von Tanger, wie es übrigens auch keinen Widerspruch gegen eine Beteiligung Italiens an der Tangerverwaltung erheben werde; nach französischer Auffassung ist es aber unmöglich, die Tangersonne vollständig an Spanien zu geben oder ihm auch nur für eine bestimmte Zeit ein Mandatsgebiet zu übertragen.

#### Ehrung der deutschen Wissenschaft durch Graf Kiebelberg.

Budapest, 25. Aug. In Eihany am Mattensee wurde heute im Beisein fast sämtlicher Mitglieder der Regierung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen an der Spitze die Ungarische Biologische Versuchsanstalt eröffnet. Kultusminister Graf Kiebelberg kündigte in seiner Eröffnungsrede an, daß auf Einladung der Regierung der Internationale Biologische Kongress im nächsten Jahre in Ungarn tagen wird. Im weiteren Verlauf seiner Rede dankte Graf Kiebelberg dem preussischen Kultusminister Becker, dem

Staatsminister Schmidt-Ditt und der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für die tatkräftige Förderung seines kulturpolitischen Programms. Preußens Verdienst ist es, so fährt der Minister weiter aus, daß es neben den bisherigen drei Typen der höchsten Kultur, Universität, Akademie und Museum, anlässlich der Jentenerfeier der Berliner Universität mit deutschem wissenschaftlichen Organisationstalent den vierten Grundtyp, das wissenschaftliche Forschungsinstitut, geschaffen hat, das ausschließlich der Forschung dient im Gegensatz zu den Unversitätslaboratorien, wo Forschung und Unterricht parallel betrieben werden.

#### Erste Lage in Spanien?

London, 26. Aug. In einer Neutermedung heißt es, einer französischen Quelle zufolge ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden infolge der Forderung von Artillerieoffizieren, daß der König den Premierminister, General Primo de Ribera, entlassen solle. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Ribera dem König ein Dekret, das das Artilleriekorps auflöst und die Waffenfabriken in Toledo und Trubia unter Zivilkontrolle stellt. Weiter wird mitgeteilt, der König habe sich geweigert, das Dekret zu unterzeichnen und sei sofort nach Santander abgereist, wo die königliche Familie sich aufhalte.

#### Zur Hinrichtung von 14 chinesischen Bankiers in Mukden.

London, 26. Aug. Die „Daily Mail“ berichtet aus Tokio, die Hinrichtung von 14 chinesischen Bankiers in Mukden auf Befehl Tchangsolins wegen angeblicher Währungspekulation habe in allen Bevölkerungsschichten große Erregung hervorgerufen und zur vollständigen Einstellung des Geschäftslebens in der Wandschuiel geführt. Ein Korrespondent berichtet, daß fünf Bankiers am Donnerstag morgen durch Schüsse in den Hinterkopf getötet worden seien, um die Geschlechter für die nachfolgende Schaustellung der Leichen kenntlich zu erhalten. Am Nachmittag seien neun weitere Bankiers an den aufgestellten Leichen vorbei zu ihrer eigenen Hinrichtung geführt worden.

#### Neue Kämpfe in Marokko.

Paris, 25. Aug. Nach einer Agenturmeldung aus Wessan hat dort heute eine großangelegte militärische Operation begonnen, die zur Befestigung der Gebiete der Gafua und der Beni Westara führen soll. Es handelt sich um eine Front von 45 Kilometern. An der Operation nehmen teil neun Bataillone, 1500 auf französischer Seite kämpfende Eingeborene, fünf schwere und eine Reihe leichter Batterien. Der Vormarsch hat heute vormittag nordwestlich von Wessan eingesetzt und richtet sich zuerst gegen den früheren französischen Posten Rhaua, der noch immer von den Rifleuten besetzt ist. Die französischen Truppen rücken in drei Kolonnen vor, die linksstehende in Fühlung mit den Spaniern auf dem linken Lufkosufer, wo Abteilungen der feindlichen Stämme sich festgesetzt haben.

#### Proteststreik auf einem französischen Dampfer.

Paris, 25. Aug. Die Mannschaft und die Offiziere des in Marseille liegenden Orientdampfers „Aotos“ haben sich geweigert, das Schiff für eine neue Reise klar zu machen. Es handelt sich um eine Protestkundgebung gegen die kürzlich erfolgte Verhaftung eines Offiziers des Dampfers durch die türkischen Behörden, weil er angeblich einen Zusammenstoß mit einem türkischen Frachtschiff verursacht hat. Die Schiffbesatzung und die Seemannsgewerkschaft haben an den Ministerpräsidenten Poincare telegraphisch das Ersuchen gerichtet, gegen die geplante Aburteilung des Verhafteten vor türkischen Gerichten Schritte zu unternehmen.

#### Kein Koalitionskabinett in Griechenland.

Athen, 25. Aug. Den Parteiführern ist es nicht gelungen, eine Verständigung über die Bildung eines Koalitionskabinetts zu erzielen. General Kondilis bildet jetzt ein vorläufiges Kabinett in der Voraussage, daß die Wahlen spätestens im Oktober stattfinden.

Athen, 25. Aug. General Kondilis und sämtliche Parteiführer, nämlich Rafandaris, Michalakopoulos, Papanastasiu, Metagas, Baldaris, Demerhis und Sofulis, die sich gestern abend unter dem Vorsitz des Admirals Konduriotis versammelten, erkannten einstimmig und in offizieller Weise Konduriotis als Präsidenten der Republik an. Infolge dieser Anerkennung veröffentlichte das Amtsblatt folgende Botschaft des Präsidenten an das Volk: „Nach der Befestigung der Diktatur übernehme ich von heute an wieder die Präsidentenschaft, zu der mich die vierte hellenische Nationalversammlung berief.“ Dieser Schritt wird, der Agence d'Athènes zufolge, von der Presse und der öffentlichen Meinung mit Genugtuung als ein geschichtliches Ereignis begrüßt, das den besten Beweis für die innere Beruhigung und die Rückkehr zu einem normalen verfassungsmäßigen Leben liefert.

it  
ntor  
abe 33.  
e  
del.  
blatt.